

M 17

Volker SCHÖNWIESE

Achsalkopfweg 1  
6020 INNSBRUCK

LOS Nr. 32, 9. Jahrgang, Juni 1991, öS 3,-



## Liebe LOS – Leserinnen und Leser !

Vor Urlaubs- und Ferienbeginn - und bevor auch das Parlament und diverse Arbeitsgruppen in die Sommerpause gehen - möchten wir Euch über den aktuellen Stand der Diskussion rund um ein Bundesgesetz zur Pflegevorsorge informieren.

Beim Treffen der Behinderten- und Krüppelinitiativen vom 19. bis 21. April in Abtsdorf wurde unter anderem ein Brief an Minister Hesoun geschrieben und beschlossen, mit welchen Aktionen weiter auf eine rasche Beschlußfassung eines Gesetzes, das die gestellten Forderungen erfüllt (Bundeseinheitliche Pflegegeldleistungen an die Betroffenen unabhängig vom Einkommen in der Höhe des tatsächlichen Bedarfes, zumindest aber angeglichen an die Regelungen des Kriegsopferversorgungsgesetzes, Rechtsanspruch auf diese Leistungen und Abschaffung der großen Pflegeheime) gedrängt werden soll.

Wir einigten uns darauf, wöchentliche Kundgebungen (Mahnwachen u.ä.) vor dem Sozialministerium und gleichzeitig vor den Landhäusern in den Bundeshauptstädten abzuhalten.

Ende Mai fand außerdem anlässlich der Landeshauptleutekonferenz eine Demonstration mit TeilnehmerInnen aus mehreren Bundesländern statt.

In Wien gab es zusätzlich Gespräche mit Gesundheitsstadtrat Rieder (Rieder: "...Ich unterscheide zwischen jungen, selbständigen, kompetenten ... behinderten Menschen und anderen, z.B. alten Menschen, für die wir die stationäre Pflege mit qualifiziertem Personal brauchen..."\*) und Frauenministerin Dohnal (Dohnal: "...Ich bin eine Verbündete, wehre mich gegen das Vorarlberger Modell, das viel zu geringe Beträge vorsieht und damit zur weiteren Ausbeutung von Frauen führen wird, die Tendenzen der Länder gehen aber in diese Richtung und sie sind die Zuständigen..."\*)

Zu Rieders Ausführungen ein Zitat von Manfred Srb aus einer Nachbesprechung: "Die armen Nichtbehinderten, ohne jede Ausbildung und Qualifikation müssen sie sich selbst aus- und anziehen, selbst essen, aufs WC gehen..."

Manfred Srb hat im übrigen eine Übersicht über den aktuellen Stand der Auseinandersetzung zusammengestellt. Wir drucken diese Zusammenstellung auf den folgenden Seiten ab.

Für den Sommer alles Liebe, bis zum nächsten LOS

Julia Haslwanter, Christine Petioky und Kurt Schneider

\*) Wir zitieren hier sinngemäß, nicht wörtlich aus den Gesprächen. Die Verf.



## FORUM DER KRÜPPEL- UND BEIHINGERTENINITIATIVEN

Diens, den 26.6.1991

Wie versprochen gebe ich Euch heute einen Kurzbericht über die Ereignisse der letzten Wochen sowie die aktuelle Lage:

- 1) Unsere Demo vor dem Rathaus anlässlich der Landeshauptleute-Konferenz, bei der Minister Hesoun über seine Vorstellungen zur Pflegevorsorge referiert hat, kann als erfolgreich bezeichnet werden: wir konnten unsere Forderungen zwar nur beim Wiener Landeshauptmann anbringen, dieser hat uns jedoch zugesagt, die anderen Landeshauptleute von unseren Forderungen zu unterrichten und ihnen auch von unserem Wunsch nach einer persönlichen Vorsprache zu informieren. Da die LH somit vorgewarnt worden sind, solltet Ihr die Chance nutzen und Euch von ihren Büros einen Termin geben lassen.
- 2) Unser Schreiben an den Sozialminister wurde von ihm am 4. Juni beantwortet: er informiert uns darin, daß in seinem Ministerium eine Expertengruppe an den näheren Details für eine Pflegegeldregelung arbeitet, daß eine Vertreter der ARGE Rehabilitation mit dabei ist und daß er den Auftrag gegeben hat, so rasch wie möglich den Entwurf für ein Bundespflegegesetz vorzubereiten. Abschließend spricht er die Hoffnung aus, "daß sich damit ein Gesprächstermin in nächster Zeit erübrigen könnte". In einem anderen Schreiben (an Konny Götzinger) sagt er noch, daß diese Expertengruppe bereits Ende Juni erste Zwischenergebnisse vorlegen wird. Alle diese Fakten waren übrigens in den Wochen vorher bereits den Medien zu entnehmen gewesen.
- 3) Jetzt hat Hesoun sich auch zur Höhe des Pflegegeldes geäußert: eine Gleichstellung mit den Kriegsopferten ist derzeit nicht möglich (ohne Begründung) und er meinte dazu noch, daß er "glaube, daß auch jener, der bisher nichts bekommt, dann glücklich sein wird, daß er etwas bekommt."  
(Zitat aus "Moment leben heute" vom 8.5.1991)
- 4) In diesselbe Kerbe schlägt auch sein Parteifreund, der SP-Behindertensprecher Walter Guggenberger: dieser schreibt am 21. Mai an Kornelia Götzinger: "Auch ist nicht damit zu rechnen, daß schon von Beginn an Leistungen in der Höhe des Kriegsopferversorgungsgesetzes erbracht werden können." Auch er ohne Begründung - die braucht man behinderten Menschen wahrscheinlich auch nicht zu geben, die sollen froh sein....(siehe Hesoun, Punkt 3)

Zum Ausgleich dafür daß er sich nicht für unsere seit Jahren bekannten Forderungen einsetzt, macht sich Guggenberger an einer anderen Front wichtig:





Wie der Zeitschrift "Die Ganze Woche" Nr. 22 vom 29.5.1991 in einem Artikel auf Seite 11 zu entnehmen ist, will er "nun endlich im Parlament den Antrag einbringen, das Verbrechenopfergesetz völlig zu reformieren". Unter anderem tritt er in diesem Artikel dafür ein, daß künftig aus dem Steuertopf (!! ) u.a. auch jene Kosten bezahlt werden, die Verbrechenopfer dadurch haben, daß sie auf fremde Hilfe angewiesen sind.

Das heißt im Klartext schlicht und einfach, daß er sich für diesen Personenkreis für eine Pflegegeldregelung ausspricht, uns aber mit frommen Worten abpeist!!

Wenn wir uns das gefallen lassen, dann ist uns wirklich nicht mehr zu helfen!

- 5) Die neuesten Aussagen des Finanzministers vom 21. Juni lauten: es wird kein Geld aus dem Bundesbudget für die geplante Pflegesicherung geben! Er meinte bei dieser Pressekonferenz auch, die Pflege wäre Sache der Länder, die sich auch um die Finanzierung zu kümmern hätten.

Minister Hesoun hat allerdings bereits seit Monaten stets den Eindruck zu erwecken versucht, daß die Finanzierung über das Budget eine "gmahte Wiesn" sei. Das hat mich stets etwas gewundert, denn angesichts der allgemeinen Budgetsituation sowie der Aussagen Lacinas der letzten Monate muß er gewußt haben, daß die Chancen, aus dem Budget die Mittel zu erhalten, sehr gering sind. Er hat also auf Zweckoptimismus gemacht und damit alle Beteiligten vorsätzlich getäuscht!

- 6) Mahnwachen:

in Tirol nach wie vor jeden Dienstag, in Wien nach wie vor (bis zum Ferienbeginn) jeden Montag vor dem Sozialministerium zum Ärger von Hesoun.  
Auch in Graz und Klagenfurt gabs diverse Aktionen.



- 7) Wie wirds weitergehen?  
Hesoun wird voraussichtlich bis zur nächsten Woche den Zwischenbericht der sogenannten Expertenrunde bekanntgeben und bei dieser Gelegenheit wieder darauf hinweisen, daß er alles daransetzen werde, einen entsprechenden Gesetzesentwurf noch vor dem Jahresende dem Parlament vorlegen werde (natürlich weder in der Höhe des tatsächlichen Bedarfes noch wenigstens in der Höhe der Kriegsopferversorgung). Die ÖVP wird wieder auf eine rasche Realisierung drängen (natürlich auch nicht auf unsere Forderungen eingehen und im übrigen wird es zunehmend gegenseitige Schuldzuweisungen (VP-SP, Sozial-Finanz, später dann noch Bund-Länder) geben - jeder wird sich auf den anderen ausreden.
- 8) Was wir in den nächsten Wochen (und überhaupt über den Sommer) machen sollten, ist, die politisch Verantwortlichen (Minister Hesoun, die Behindertensprecher Guggenberger und Feuerstein, aber auch die Landeshauptleute und den Finanzminister) anzurufen, ihnen zu schreiben, Telegramme zu schicken in denen wir sie mit unseren Forderungen konfrontieren und die Realisierung dieser fordern. Zusätzlich sollten wir Hesoun, Feuerstein und Guggenberger ganz klar fragen, warum unsere Forderungen nicht erfüllt werden können (hat noch keiner klar begründet!)

Tel.Nr. von Abg. Feurstein: 05574/511-0 oder gleich Klappe 2048  
Abg. Guggenberger: 0512/56 31 01/36 oder 05442/64008 (privat)

Briefe und Telegramme sind zu richten an:

Dr. Gottfried Feurstein, Hof 137, 6866 Andelsbuch  
Mag. Walter Guggenberger, Kreuzbühelgasse 9, 6500 Landeck

- 9) Was wir darüber hinaus noch machen sollten ist, von Dr. Klaus Voget als Präsident der ARGE Rehabilitation und als von Minister Hesoun bestimmter Vertreter unserer Interessen und Forderungen zu verlangen, daß er auf keinen Fall einer Lösung zustimmen darf, die nicht unseren Forderungen und Interessen entspricht.  
Wir müssen ihm unbedingt den Rücken stärken, denn es besteht die begründete Befürchtung, daß er allein auf weiter Flur (denn das Ministerium hat es abgelehnt, daß einige von uns wieder so wie bisher an den Beratungen teilnehmen) und unter dem Druck der Ereignisse einer Schmalspurlösung zustimmt und Zustimmung dann von Hesoun & Co. als Zustimmung von uns allen gewertet wird (natürlich absichtlich und bewußt inszeniert).  
Es darf zu keiner Spaltung in unseren Reihen kommen!  
Hesoun & Co dürfen Voget nicht als Feigenblatt für eine Schmalspurlösung nach dem Vorarlberger Muster benützen!

**Dr. Klaus Voget ist zu erreichen über die Österreichische Arbeitsgemeinschaft für Rehabilitation, Brigittenauer Lände 42, 1200 Wien.**

- 10) Im übrigen müssen wir uns überlegen, wie wir damit umgehen wollen, daß die Bundesregierung im verein mit den Ländern für uns bestenfalls eine Schmalspurlösung übrig hat. Ich denke, es gibt da einige Möglichkeiten, uns zur Wehr zu setzen. Wichtig ist auch, andere Betroffene (z.B. auch blinde KollegInnen oder KollegInnen vom Österr. Zivilinvalidenverband) von der aktuellen Situation zu informieren, wie das unsere Freunde in Tirol gemacht haben.

4  
Das wärs für heute, alles Liebe

*Einer Olayed*